



Pressespiegel

19.04.2016

**BayernSPD
Landtagsfraktion**

presse@bayernspd-landtag.de
www.bayernspd-landtag.de

Herausgeber:
Pressestelle der SPD-Fraktion
im Bayerischen Landtag
Max-Planck-Straße 1
81627 München

Dieser Pressespiegel ist nur zur internen Information bestimmt.

Augsburger Allgemeine vom 19.04.2016

Augsburger Allgemeine**Seite:** 10
Ressort: B-AS**Quellrubrik:** Bayern
Ausgabe: Augsburger Allgemeine Augsburg,
Hauptausgabe

SPD fordert aktiven Kampf gegen Armut

Dickes Paket von Anträgen im Landtag

Von Uli Bachmeier

München Dass die Zahl der Menschen, die in Bayern von Armut bedroht sind, seit Jahren steigt, will die SPD im Landtag nicht tatenlos hinnehmen. Die Vorsitzende des Sozialausschusses, Angelika Weikert, und ihre Kolleginnen Doris Rauscher und Ruth Waldmann (alle SPD) legten gestern ein dickes Bündel von Anträgen zur Armutsbekämpfung vor. Sie fordern unter anderem mehr Unterstützung für Alleinerziehende und ihre Kinder, mehr Anstrengungen, um Langzeitarbeitslose oder Behinderte in Arbeit zu bringen, sowie

Verbesserungen in der Familienpolitik. Außerdem plädieren sie für die Schaffung einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft. Rund 100 000 geförderte Wohnungen innerhalb der nächsten fünf Jahre seien nötig, um der Wohnungsnot wirksam zu begegnen.

Die SPD-Politikerinnen begründen ihre Forderungen mit dem jüngsten Sozialbericht, den das bayerische Sozialministerium Ende vergangenen Jahres vorgelegt hat. Danach waren im Jahr 2013 rund 1,76 Millionen Menschen in Bayern armutsgefährdet - das heißt, sie hatten weniger als 60 Prozent des mittleren

Einkommens der Gesamtbevölkerung zur Verfügung. Im Jahr 2006 lag die Zahl noch bei rund 1,61 Millionen. Die Armutsgefährdungsquote sei von 2006 bis 2013 von 13,5 auf 14,6 Prozent gestiegen.

Wie groß die Lücke zwischen Arm und Reich ist, verdeutlichte Weikert unter anderem mit diesen Zahlen: Die ärmsten zehn Prozent der Bayern verfügten pro Person im Schnitt über ein Nettoeinkommen von 652 Euro pro Monat, die reichsten zehn Prozent hätten dagegen im Schnitt 4447 Euro zur Verfügung.

Allgemeine Labor-Zeitung vom 19.04.2016

**Allgemeine
Labor-Zeitung****Seite:** 4**Ressort:** Bayern aktuell

SPD will gegen Armut im Freistaat vorgehen

München. (dpa) Im eigentlich reichen Bayern sind immer mehr Menschen von Armut bedroht. Dagegen will die Landtags-SPD mit einem umfassenden Antragspaket vorgehen. Die Sozialdemokraten fordern beispielsweise einen besseren Schutz von Alleinerziehenden und deren Kindern vor Armut, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie mehr Chancen für Langzeitarbeitslose oder Menschen mit Behinderung. "Wir sind der Überzeugung: Der Staat steht in der Pflicht, die Bürgerinnen und Bürger bestmöglich vor Armut zu schützen", erklärten die drei SPD-Landtagsabgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher und Ruth Waldmann gestern in München.

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - Zeitungsgruppe Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung

© PMG Presse-Monitor GmbH

Seite: 5
Ressort: Landespolitik

Quellrubrik: Gesamtausgabe
Ausgabe: DER NEUE TAG Weiden,
Hauptausgabe

Fleißig gegen Armut

Die SPD will die Staatsregierung im Landtag zu mehr Engagement bei der Armutsbekämpfung auffordern. Sie hat dazu ein umfangreiches Antragspaket eingereicht.

München. (jum) Kernpunkte sind verbesserte Jobchancen für Jugendliche, Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende und Behinderte, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Schaffung bezahlbaren Wohnraums. "Die Staatsregierung muss endlich die Lehren aus dem Sozialbericht ziehen", erklärte die SPD-Abgeordnete Angelika Weikert in München. Dieser drohe, "in den Schubladen der Ministerien zu verstauben".

Nach dem im November 2015 veröffentlichten Sozialreport, der auf Daten des Jahres 2013 beruht, ist die Armutsgefährdungsquote in Bayern auf 14,6 Prozent gestiegen. Damit gelten 1,76 Millionen Menschen als armutsgefährdet. Jeder von ihnen verfügt über weniger als 60 Prozent eines bayerischen Durchschnittseinkommens. Konkret liegt die Schwelle bei 973 Euro für Alleinstehende und 2043 Euro bei einem Ehepaar mit zwei Kindern. Wer im Monat weniger Geld zur Verfügung hat, gilt als

arm.

Oberpfälzer Zahlen

Überdurchschnittlich von Armut bedroht sind Arbeitslose (49,3 Prozent), Alleinerziehende (42 Prozent) und Rentner (22,4 Prozent). In der Oberpfalz lag die Armutsgefährdungsquote bei 14,4 Prozent. Als arm oder von Armut bedroht gelten in der Oberpfalz damit 146 000 Menschen.

Um erwerbsfähige Menschen aus der Armut zu holen, verlangt die SPD von der Staatsregierung, Langzeitarbeitslose stärker bei der Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst und in Unternehmen mit Staatsbeteiligung zu berücksichtigen. Zudem soll die schlechter bezahlte Leiharbeit zurückgedrängt und mit dem flächendeckenden Aufbau von "Jugendberufsagenturen" die Qualifizierung und Vermittlung Jugendlicher aus prekären Verhältnissen verbessert werden. Zudem will die SPD den Rahmen für die Beschäftigung Behinderter erweitern. Um die steigende Zahl

Alleinerziehender vor Armut zu schützen, fordert die SPD den Ausbau der Kinderbetreuung und stärker auf deren Bedürfnisse ausgerichtete Rahmenbedingungen zur Aufnahme einer Ausbildung oder Arbeit. Kinder und Jugendliche aus armen Familien sollen durch eine am Einkommen orientierte Kindergrundsicherung und gebündelte Hilfsangebote aus der Armutsfalle geholt werden.

Weikert: Noch viel zu tun

Nach Einschätzung Weikerts gibt es für die Staatsregierung zahlreiche Ansatzpunkte zur Armutsbekämpfung in Bayern. Die Daten des Sozialberichts zeigten unmissverständlich, dass es noch viel zu tun gebe. Sozialministerin Emilia Müller wird am Donnerstag ihre Einschätzung der Lage im Landtag vortragen. Dann soll auch über die SPD-Anträge beraten und entschieden werden.

Autor: Von Jürgen Umlauf **Seitentitel:** BAYERN und die REGION
Seite: 3 **Ausgabe:** Hauptausgabe
Ressort: BAYERN und die REGION

Landtags-SPD will gegen Armut vorgehen

Laut Sozialbericht sind in Bayern 1,76 Millionen Menschen arm oder armutsgefährdet. Die Genossen haben nun eine Strategie dagegen erarbeitet.

München - Die SPD will die Staatsregierung im Landtag zu mehr Engagement bei der Armutsbekämpfung im Freistaat auffordern. Sie hat dazu ein umfangreiches Antragspaket eingereicht. Kernpunkte sind verbesserte Jobchancen für Jugendliche, Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende und Behinderte, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Schaffung bezahlbaren Wohnraums. "Die Staatsregierung muss endlich die Lehren aus dem Sozialbericht ziehen", erklärte die SPD-Abgeordnete Angelika Weikert in München. Dieser drohe, "in den Schubladen der Ministerien zu verstauben". Nach dem im November 2015 veröffentlichten Sozialreport, der auf Daten des Jahres 2013 beruht, ist die Armutsgefährdungsquote in Bayern auf 14,6 Prozent gestiegen. Damit gelten 1,76 Millionen Menschen als armutsgefährdet. Jeder von ihnen verfügt über weni-

ger als 60 Prozent eines bayerischen Durchschnittseinkommens. Konkret liegt die Schwelle bei 973 Euro für Alleinstehende und 2043 Euro bei einem Ehepaar mit zwei Kindern. Wer im Monat weniger Geld zur Verfügung hat, gilt als arm. Überdurchschnittlich von Armut bedroht sind Arbeitslose (49,3 Prozent), Alleinerziehende (42 Prozent) und Rentner (22,4 Prozent). In Oberfranken lag die Armutsgefährdungsquote bei 13,7 Prozent. Als arm oder von Armut bedroht gelten in Oberfranken damit 139 000 Menschen. In Unterfranken sind 171 000 Personen armutsgefährdet, auch das entspricht 13,7 Prozent. Um erwerbsfähige Menschen aus der Armut zu holen, verlangt die SPD von der Staatsregierung, Langzeitarbeitslose stärker bei der Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst und in Unternehmen mit Staatsbeteiligung zu berücksichtigen. Zudem soll die schlechter bezahlte Leiharbeit zurückge-

drängt und mit dem flächendeckenden Aufbau von "Jugendberufsagenturen" die Qualifizierung und Vermittlung Jugendlicher aus prekären Verhältnissen verbessert werden. Zudem will die SPD den Rahmen für die Beschäftigung Behinderter erweitern. Um die steigende Zahl Alleinerziehender vor Armut zu schützen, fordert die SPD den Ausbau der Kinderbetreuung und stärker auf deren Bedürfnisse ausgerichtete Rahmenbedingungen zur Aufnahme einer Ausbildung oder Arbeit. Nach Einschätzung Weikerts gibt es für die Staatsregierung zahlreiche Ansatzpunkte zur Armutsbekämpfung in Bayern. Die Daten des Sozialberichts zeigten unmissverständlich, dass es noch viel zu tun gebe. Sozialministerin Emilia Müller wird am Donnerstag ihre Einschätzung der Lage im Landtag vortragen.